



## Medienmitteilung

Zürich, 3. Oktober 2024

### **Beschlüsse der Kommissionen**

#### **KSSG: Kantonsanteil an der IPV soll auf 100 Prozent erhöht werden**

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, den Kantonsanteil an der individuellen Prämienverbilligung (IPV) von 80 auf 100 Prozent des Bundesbeitrags zu erhöhen ([KR-Nr. 368/2022](#)). Die Mehrheit der Kommission will damit der für viele Menschen durch die allgemeine Teuerung veränderten Lebenssituation Rechnung tragen und der Schwächung der Kaufkraft entgegenwirken. Aufgrund der höheren Krankenkassenprämien müssten mehr Verlustscheine aus dem Topf der IPV gedeckt werden. Mit der Erhöhung des Kantonsanteils soll sichergestellt werden, dass der Bezugskreis der IPV gleich bleibt oder sich vergrössert. Ursprung der KSSG-Vorlage ist eine parlamentarische Initiative (PI) von SP, Grünen, AL und EVP, mit der eine Erhöhung des Kantonsanteils auf 120 Prozent des Bundesbeitrags gefordert wurde. Eine Kommissionsminderheit aus SVP und FDP spricht sich gegen eine Erhöhung des Kantonsanteils aus. Sie betrachtet die stetige Ausweitung der IPV auf kantonaler Stufe als nicht zielführende Pflästerlipolitik. Stattdessen müsse das gesamte Gesundheitssystem mit seinen steigenden Kosten angegangen werden.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

#### **KSSG: Postulat zur koordinierten ambulanten Versorgung soll abgeschrieben werden**

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, das Postulat von SP, Grünen, Mitte und EVP betreffend «Förderung der koordinierten ambulanten Versorgung» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 368/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, aufzuzeigen, wie die ambulante Versorgung im Kanton so gefördert und gesteuert werden kann, dass eine Über- bzw. Unterversorgung möglichst verhindert wird. Der Regierungsrat hat sich zum Ziel gesetzt, die integrierte Versorgung weiterzuentwickeln, und hat entsprechende Massnahmen geplant und umgesetzt. Da der Kanton an den ambulanten Kosten nicht beteiligt sei, könne er die ambulante Versorgung nicht steuern, so die Regierung. Die Umsetzung der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) auf nationaler Ebene schaffe neue Möglichkeiten. Eine Kommissionsminderheit aus SP, Grünen und AL sieht in der ungenügenden medizinischen Grundversorgung in gewissen Regionen ein grosses Problem, das der Kanton nicht auf die Gemeinden und den Bund abschieben könne. Sie fordert, dass der Kanton sich zusammen mit den Gemeinden für eine ausreichende Gesundheitsversorgung einsetzt.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

#### **WAK: Mensa-Menüs sollen nachhaltiger und tierfreundlicher werden**

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, das Postulat von Grünen, SVP, SP und Mitte betreffend «Mensen» mit abweichender Stellungnahme abzuschreiben ([KR-Nr. 92/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der



Regierungsrat aufgefordert aufzuzeigen, wie das Angebot der kantonalen und kantonsnahen Verpflegungsstätten regionaler und saisonaler und dadurch nachhaltiger werden kann. In seinem Bericht hat der Regierungsrat die laufenden und geplanten Massnahmen dargelegt. In der abweichenden Stellungnahme will die Kommissionsmehrheit das Erreichen von Nachhaltigkeitszielen gewährleisten und festhalten, dass es mehr Zwischenziele und zu diesen ein Monitoring braucht. Zudem soll in Mensen künftig Fleisch aus ausschliesslich tierfreundlicher Haltung angeboten werden. Eine Minderheit aus SVP, FDP und EVP will das Postulat direkt abschreiben. Sie zeigt sich mit dem Bericht des Regierungsrates zufrieden. Dieser hatte nicht zuletzt geltend gemacht, dass Änderungen beim Fleischangebot zu einer Erhöhung der Menüpreise führen könnten, wohingegen das Angebot in Mensen von Bildungsstätten finanziell attraktiv bleiben soll.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

*Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.*